

Einreicher: Landesvorstand und LAG linke selbstbestimmte Behindertenpolitik

Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Die LINKE. Thüringen arbeitet weiter an der Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft. Dabei ist die Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen ein wichtiger Aspekt. Unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft, von Religionszugehörigkeit oder Bildung, von eventuellen Behinderungen oder sonstigen individuellen Merkmalen wird jeder Mensch mit seinen Besonderheiten respektiert.
2. Der Landesvorstand, alle MandatsträgerInnen und Mitglieder der Partie Die LINKE. Thüringen setzen sich dafür ein, die sowohl im Landeswahlprogramm 2014 als auch im Koalitionsvertrag formulierten Ziele zur Behindertenpolitik auf kommunaler und landespolitischer Ebene zu diskutieren und an der Umsetzung zu arbeiten.
3. Spätestens mit Abschluss der Gebietsreform in Thüringen sind flächendeckend hauptamtliche kommunale Behindertenbeauftragte einzusetzen. Diese sollen auf kommunaler Ebene Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft für die Belange von Menschen mit Behinderung sensibilisieren. Über die landesweite Vernetzung der Behindertenbeauftragten können so auch Impulse an die Landes- und im nächsten Schritt auch Bundespolitik gegeben werden.
4. Die Landtagfraktion DIE LINKE. Thüringen wird gebeten, sich kritisch mit dem Entwurf des Bundesteilhabegesetzes auseinanderzusetzen und gemeinsam mit der Landesregierung und den Bundestagsabgeordneten das Agieren im Bundestag und Bundesrat abzustimmen. Sollten bis zur Abstimmung keine inhaltlichen Verbesserungen für die Betroffenen absehbar sein, empfehlen wir den Gesetzentwurf im Bundesrat nicht zuzustimmen.
5. Weiterhin bitten wir die Landtagsfraktion DIE LINKE. Thüringen, die linken Thüringer MinisterInnen und den Ministerpräsidenten, alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, noch in dieser Legislatur ein Sinnesbehindertengesetz auf den Weg zu bringen, welches neben den Nachteilsausgleichen Blindengeld und Taubblindengeld auch ein Gehörlosengeld beinhaltet.

Begründung:

Deutschland hat im Jahr 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Dadurch wurde es notwendig, ein modernes Bundesteilhabegesetz zu entwickeln, welches dieser Konvention entspricht.

Anfang dieses Jahres ist ein erster Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen durchgesickert, welcher dann durch einen regulären Referentenentwurf im April bestätigt worden ist. Dieser Gesetzentwurf hat für sich den Anspruch, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen.

Der Entwurf stößt bei Betroffenen und Verbänden allerdings mehr und mehr auf Ablehnung. In sozialen Medien wird von Betroffenen unter dem Hashtag #NichtMeinGesetz gegen dieses Gesetz mobilisiert und Verbände und Opposition bereiten umfangreiche Änderungsanträge vor.

Auf Fachtagungen wird immer häufiger gefordert, dass es teilweise besser wäre, dieses Gesetz im Bundesrat nicht zu unterstützen, da es in der verbleibenden Zeit nie so umfangreich geändert werden könne, wie nötig wäre. Die Gründe hierfür sind vielschichtig.

Unter anderem wird kritisiert, dass:

- die UN-Behindertenrechtskonvention eben nicht konsequent umgesetzt wird;
- Hilfen für Menschen mit Behinderung laut dem Gesetzesentwurf weiterhin einkommens- und vermögensabhängig bleiben;
- das Wunsch- und Wahlrecht der Betroffenen bei der Art der Hilfen eingeschränkt bleibt;
- der Grundsatz, dass ambulante Hilfen im eigenen Wohnraum Vorrang vor stationären Hilfen in Heimen haben sollen, aufgeweicht wird.

51 Die Debatte um die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung wird jedoch leider immer noch
52 hauptsächlich in Kreisen von Betroffenen und den Verbänden geführt. Es fehlt ein öffentlicher
53 Diskurs, um Verantwortungsträger für die Belange und Inklusion von Menschen mit Behinderung zu
54 sensibilisieren.

55 Dieser Diskurs muss allerdings schon innerhalb unserer Partei, Landtagsfraktion und der
56 Regierungskoalition beginnen.

57 Im Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün in Thüringen nehmen die Rechte von Menschen mit
58 Behinderung einen nicht unerheblichen Teil ein. Nach knapp zwei Jahren in
59 Regierungsverantwortung sind viele der geplanten Ziele in der parlamentarischen und
60 außerparlamentarischen Diskussion und werden gerade umgesetzt.

61 So sieht der Koalitionsvertrag unter anderem vor, dass das Thüringer Gleichstellungsgesetz novelliert
62 werden soll, und die Kommunen bei der Einrichtung von hauptamtlichen Behindertenbeauftragten
63 unterstützt werden sollen. Aktuell haben aber immer noch zahlreiche Kommunen lediglich
64 ehrenamtliche Behindertenbeauftragte.

65 Im Rahmen der anstehenden Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform wird es eine Reduzierung
66 der Anzahl der Kommunen geben. Diese neuen Kommunen werden jedoch merklich größer sein und
67 dies wird somit auch höhere Anforderungen an die Behindertenbeauftragten stellen.

68 Behindertenbeauftragte sind Anlaufpunkt für Menschen mit Behinderung. Hier werden Hilfebedarfe
69 erfasst und Hilfen vermittelt. Diese Beauftragten sind Interessensvertreter, arbeiten unabhängig von
70 öffentlichen und privaten Trägern und tragen die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung in die
71 Öffentlichkeit. Ebenso werden die Behindertenbeauftragten bei Baumaßnahmen in Bezug auf
72 Barrierefreiheit angehört.

73 Die Vorlage des bereits erwähnten Entwurfes des Bundesteilhabegesetzes zeigt, dass Menschen mit
74 Behinderung auf allen Ebenen weiterhin kaum eine Lobby haben und bei der Umsetzung
75 vollständiger Inklusion weiterhin gespart wird.

76 Seit vielen Jahren setzt sich die LINKE für einen Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderungen
77 ein. In einem ersten Schritt, wird die Erhöhung des Landesblindengeldes, sowie die Einführung eines
78 Taubblindengeldes umgesetzt.

79 Individuelle Mehrausgaben für Gehörlose zum Beispiel für Gebärdendolmetscher, Lichtsignalanlagen
80 für Türklingeln, Rauchmelder oder Wecker müssen endlich angemessen und bürokratiearm durch
81 einen Nachteilsausgleich gegenfinanziert werden.